

CHRISTLICH DEMOKRATISCHE UNION DEUTSCHLANDS

DER GESCHAFTSFÜHRENDE VORSITZENDE

24. September 1962

Herrn
Bundeskanzler
Dr. Konrad A d e n a u e r

C a d e n a b b i a
U. Mailand

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler !

Im Hinblick auf Form und Inhalt Ihres Telegramms vom 17. September 1962 habe ich bisher gezögert, zu Ihrer Äußerung Stellung zu nehmen. Nachdem Sie es für richtig gehalten haben, die von mir einberufene Sitzung des Präsidiums aufzuheben, sehe ich mich genötigt, Ihnen meine Auffassung schriftlich darzulegen.

Mein Interview vom 16. September 1962 verfolgte das Ziel, den Standpunkt der CDU in wesentlichen innenpolitischen Fragen von der Haltung der SPD abzugrenzen, wie sich aus der von mir veranlaßten Überschrift und dem wesentlichen Inhalt des Interviews ergibt. Zu einer Stellungnahme zur Frage des Kanzlerwechsels sah ich mich veranlaßt, weil diese Frage an den vorangegangenen Tagen nicht nur durch mehrere führende Kräfte der FDP und Herrn Erich Ollenhauer, sondern am Tage des Interviews durch mehrere große Zeitungen behandelt wurde. Darüber hinaus wurde und wird dieses Problem in weiten Kreisen nicht nur unserer Wähler, sondern vor allem unserer Mitglieder und Mitarbeiter mit besonderer Sorge diskutiert.

Weiße Teile der Öffentlichkeit erwarten, daß in naher Zeit geklärt wird, wann und wie der Kanzlerwechsel sich vollzieht. Die Führung der CDU würde wirklichkeitsfremd handeln, wenn sie sich einer Entscheidung oder auch nur einer Stellungnahme zu dieser Frage enthalten würde. Meine Erklärungen zu diesem Punkte verfolgen das Ziel, die Öffentlichkeit - vor allem auch unsere Wähler, Mitglieder und Mitarbeiter - davon zu überzeugen, daß die CDU sich ihrer Verantwortung für die Sicherung der Kontinuität ihrer Politik bewußt ist.

Ihre Auffassung, hierbei handle es sich um Ihre persönliche

- 2 -

Entscheidung und um einen unzulässigen Eingriff in Ihre persönlichen Rechte, vermag ich nicht zu teilen. Das Amt des Bundeskanzlers ist Ihnen auf der Grundlage des Vertrauens der CDU und CSU durch den Bundestag anvertraut worden. Die Frage eines Kanzlerwechsels gehört daher auch in den Verantwortungsbereich unserer Partei. Es ist dringend erforderlich, die damit zusammenhängenden Probleme demnächst in den Führungsgremien der CDU - zunächst im Präsidium - zu erörtern. Ich bitte Sie, mir Ihre Auffassung zu dieser Anregung mitzuteilen.

Bei der Abgabe der Erklärungen vom 16. September 1962 habe ich im Rahmen meines Amtes und nach sorgfältiger Abwägung des Für und Wider gehandelt. Sie mögen meine Auffassung nicht teilen. Ich vermag Ihnen nicht das Recht zuzugestehen, darüber zu urteilen, ob meine Erklärungen dem Wohle der CDU gedient haben oder nicht. Ihre persönlichen Auffassung, daß ich die Interessen der CDU schwer geschädigt hätte, weise ich mit allem Ernst zurück. Ihre weitere Bemerkung, es sei besonders bezeichnend, daß ich meine Erklärung kurz nach Ihrer Abreise abgegeben hätte, sollte in einem Schreiben, das Ihre Unterschrift trägt, keinen Raum finden.

Meine Rechte und Pflichten als Geschäftsführender Vorsitzender der CDU sind durch den Bundesparteitag von Dortmund und die Satzungen bestimmt. Sie haben von der Stunde meiner Wahl an versucht, die mir übertragenen Kompetenzen einzuschränken. Nach der Entscheidung des Bundesparteitages und dem Bericht des Herrn Dr. Bruno Heck über die Beratungen des Arbeitskreises III unterliegt es keinem Zweifel, daß ich im Rahmen meiner Zuständigkeit und Verantwortung gehandelt habe. Sollten darüber auch in Zukunft Zweifel bestehen, schlage ich vor, diese Frage dem Bundesparteiausschusses zur Erörterung und Klärung vorzutragen.

Die Aufhebung der von mir einberufenen Sitzung des Präsidiums bedeutet einen eindeutigen Eingriff in die mir nach der Satzung der CDU zustehenden Rechte. Sie widerspricht dem wohlverstandenen Interesse der CDU, weil das Präsidium sich in dieser Sitzung der Aufgabe unterziehen sollte, die Haushaltspolitik der von CDU-Regierungen geleiteten Länder mit den Maßnahmen der Bundesregierung zu koordinieren. Ich bitte um Verständnis, daß ich Ihre einseitige Maßnahme nicht hinnehmen kann. Deshalb behalte ich mir vor, in Kürze eine neue Sitzung des Präsidiums einzuberufen, um die gekennzeichneten Bemühungen fortzusetzen.

Eine Abschrift dieses Schreibens habe ich dem gleichen Teilnehmerkreis zugeleitet, dem Sie den Inhalt Ihres offenen Telegramms vom 17. September 1962 mitgeteilt haben.

Hochachtungsvoll

Karl Rothues